

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 070/ 2020
Kiel, Donnerstag, 20. Februar 2020

Medien/ Beitragserhöhung Rundfunk

Jan Marcus Rossa: Beitragserhöhung bestätigt Reformbedarf

Zum Vorschlag der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF), den Rundfunkbeitrag um 86 Cent auf 18,36 Euro zu erhöhen, erklärt der medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jan Marcus Rossa:

„Es ist zwar zunächst nur ein Vorschlag der KEF, aber wir müssen davon ausgehen, dass der Rundfunkbeitrag ab 2021 spürbar steigen wird. Einen Rundfunkbeitrag von 18,36 Euro halten wir aus allgemeinen Erwägungen für zu hoch. Leider werden wir diese Erhöhung aber akzeptieren müssen, denn der Rundfunkauftrag in der jetzigen Form lässt nichts anderes zu.“

Wir wollen aber in Zukunft weitere Beitragssteigerungen vermeiden. Dafür müssen sich die Bundesländer zeitnah mit Struktur und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befassen. Ziel muss es sein, dass mit dem neu definierten Rundfunkauftrag Beitragssteigerungen in Zukunft vermieden werden.

Wir müssen prüfen und regeln, welche Aufgaben der Rundfunkauftrag überhaupt umfassen darf und soll. Das Bundesverfassungsgericht erwartet vom Gesetzgeber, dass auch bei der Bemessung des Rundfunkbeitrages die Interessen der Beitragszahler zu berücksichtigen sind. Das scheint aus dem Fokus geraten zu sein. Jeder Bürger hat aber nur ein bestimmtes Budget für den Medienkonsum. Mit jeder Beitragserhöhung verringern sich die finanziellen Mittel für den Konsum anderer Medien. Hier muss die Politik sicherstellen, dass es nicht zu einem Ungleichgewicht kommt.“